

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Haushaltvoranschlag und Steuersenkung: Verschiedene Meinungen zu einem umstrittenen Problem

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) :  
Haushaltvoranschlag und Steuersenkung: Verschiedene Meinungen zu einem umstrittenen  
Problem, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 2, pp. 76-80

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131665>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Verfälschung der Währungsrelation zwischen Franc und DMark in Rechnung noch die Tatsache, daß der deutsche Kohlepreis künstlich niedriggehalten war, was durch die Montanunion gerade aufgehoben wird. Die behaupteten Kostenvorteile der Ruhrindustrie bestehen nicht mehr nach der Modernisierung der französischen Schwerindustrie. Hinzu kommt, daß die Knappheit an Kohle mehr vorübergehender Natur ist, da große Reserven an der Ruhr lagern, die nach dem Vertrag für die Industrie der gesamten Montanunion mobilisiert werden. Die Erzknappheit wird aber erst auf längere Sicht auftreten, da die armen Erze bei Salzgitter kaum konkurrenzfähig sein dürften, die Schweden ihre Erze nur gegen reichliche Kohlelieferungen abgeben und die lothringischen Minette eigentümlich den französischen Gruben gehören und also nach dem Vertrag nicht dem gemeinsamen Markt zur Verfügung stehen.

Die voreingenommene deutsche Meinung, wir seien auf jeden Fall den Franzosen wirtschaftlich überlegen, steht im Widerspruch zu den nach dem Kriege geschaffenen Tatsachen. Die deutsche Stahlproduktion wird innerhalb der Montanunion nicht leichten Zeiten entgegen gehen.

### **Europamarkt und Stahlverbrauch**

Man erwartet vom gemeinsamen Markt der Montanunion einen steigenden Eisenverbrauch und bezieht sich auf die Verhältnisse in den USA. Aber dieser Vergleich zieht nicht, denn es handelt sich dort um einen gemeinsamen Markt für alle Waren mit einer gemeinsamen Wirtschaftspolitk und vor allem Währungspolitik. Entsprechende Hinweise im Bundestag und im Europarat, daß die Vorteile des gemeinsamen Marktes nur durch eine echte Währungsunion zu erreichen seien, die eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zwangsweise nach sich zieht, fanden jenseits der deutschen Grenzen taube Ohren.

Die erwartete Umsatzsteigerung gründet sich außerdem auf die Überlegung, daß durch die Montanunion eine Preissenkung als Folge der Rationalisierung erreicht wird und daß der Stahlsatz sich als Folge der gesunkenen Preise hebt.

In der Tat aber ist Stahl kein Verbrauchsgut, dessen Umsatz vom Preis wesentlich abhängig ist wie etwa Margarine. Der Stahlsatz resultiert vielmehr aus der allgemeinen Konjunkturentwicklung, deren Steigen notwendigerweise den Stahlverbrauch hebt und deren Absinken den Stahlverbrauch ra-

pide zurückgehen läßt. Hierzu ist typisch die Erfahrung der Wirtschaftskrise von vor 1933, in der die Stahlproduktion auf 30% absank, der Kohleverbrauch alles in allem (Hausbrand, Konsum und Schwerindustrie) aber nur auf 70% herunterging. Der Stahlpreis ist auch keine Initialzündung für eine allgemeine Konjunktur, denn schon bei Werkzeugmaschinen beträgt der Stahlpreisanteil im Endpreis nur etwa 10%, natürlich noch erheblich weniger bei Konsumgütern.

Mit einem steigenden Stahlabsatz der Montanunion ist mithin nur zu rechnen bei einer allgemeinen internationalen Konjunkturbelebung. Hierauf hat die Montanunion selbst nur einen sehr geringen Einfluß. Viel wichtiger ist es, den ersehnten gemeinsamen Markt von 150 Mill. Europäern durch eine Währungs- und eine allmählich sich anschließende Zollunion zu schaffen. Nur hiervon ist eine nachhaltige Konsumausweitung in Europa zu erhoffen. Wird dies nicht erreicht, so ist die deutsche Stahlproduktion innerhalb der Montanunion durch die Strukturveränderungen nach dem Kriege und den Vertrag über die Montanunion selbst stark gefährdet. Blicke die zweiseitige Hoffnung, durch Rüstungssteigerung eine echte Konjunktur zu ersetzen. (tz)

## **Haushaltvoranschlag und Steuersenkung**

Verschiedene Meinungen zu einem umstrittenen Problem

### **Dynamische Budgetpolitik**

Der zum ersten Male termingerecht eingebrachte Bundeshaushalt für das Fiskaljahr 1953/54 beansprucht ein weit größeres und umfassenderes volkswirtschaftliches und sozialpolitisches Interesse als seine Vorgänger. Obwohl die westdeutsche Wirtschaft nach der teilweise stürmischen Wiederaufbauperiode heute wieder relativ normale, also ausgeglichene Züge aufweist, kann der Bundesetat nur schwer und mit nichtüblichen finanzpolitischen Mitteln formal ins Gleichgewicht gebracht werden. Als größter Unsicherheitsfaktor in der Gesamtrechnung erweisen sich da-

bei diejenigen (nicht unwichtigen!) Etatposten, die sich auf die wahrscheinliche Wirtschaftsentwicklung stützen.

#### **Steuersenkung als Antriebsmittel**

Jede wirtschaftliche Prognose bedeutet ein Wagnis und kann als Grundlage weitreichender finanz- und haushaltswirtschaftlicher Entschlüsse recht gefährlich werden. Dessen scheint sich auch der Bundesfinanzminister voll bewußt zu sein. Denn er überläßt keineswegs die notwendige Steigerung des Wirtschaftsvolumens und damit des Volkseinkommen, aus der er die zusätzlichen Einnahmen gewinnen

will, der „zwangsläufigen“ Entwicklung. Im Gegenteil, er versucht, ungewöhnlich und neu in dieser Situation, mit Hilfe einer kräftigen Steuersenkung der Wirtschaft einen Impuls zu geben, um damit im kommenden Fiskaljahr einen Zuwachs des Sozialproduktes um mindestens 4,5% zu sichern. Dabei scheut er keineswegs davor zurück, den vorübergehenden Steuerausfall durch kurzfristige Verschuldung bei der Notenbank zu überbrücken, mit anderen Worten: durch zusätzliche Geldvermehrung die Lücke im Etat zu schließen. Gelingt dieses Experiment moderner fiscal policy — es sind nicht wenige, die am

Erfolg zweifeln — erhält die westdeutsche Wirtschaft von der Budgetseite einen Anstoß zur Produktionserweiterung und Mehrbeschäftigung, die die überschwere Steuerlast tragbar werden lassen.

Ist diese Aktion insgesamt und sind ihre Maßnahmen im einzelnen überhaupt erfolgversprechend? Im Grunde ist Schäffers unorthodoxer Versuch ein Akt staatswirtschaftlicher Notwehr gegen eine sonst unabwendbare Gefahr, die unserer Wirtschafts- und Sozialordnung von der die private Unternehmerinitiative lähmenden Steuerverfassung droht. Was nottut, ist die ständige Kontrolle der Preisentwicklung, um inflatorische Tendenzen möglichst frühzeitig aufzufangen.

#### **Kurzfristige Verschuldung**

Damit rückt, bei der Starrheit des größten Teils der Etatausgaben, Ausmaß und Tempo der kurzfristigen Verschuldung bei der Notenbank in den Mittelpunkt des Interesses. Das Schwergewicht des finanzwirtschaftlichen Vorhabens verschiebt sich so automatisch auf die währungspolitische Ebene zur Bank deutscher Länder. Diese hat mit der kürzlichen Diskontsenkung bereits unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß der Stand der Wirtschaftskonjunktur durchaus eine Erleichterung von der Geldseite zuläßt. Gestärkt wird dieser Eindruck durch die Rückbildung konjunkturell überhöhter Rohstoffpreise mit ihrer Auswirkung auf das Preisgefüge der Fertigwaren, den sogar leicht depressionistischen Druck in bestimmten Gewerbebranchen mit Überkapazitäten sowie das Nachlassen der Kaufkraft in gewissen Wirtschaftsbereichen. Diese zumindest stagnierenden Tendenzen finden großenteils ihre Ursachen in der Steuerbürde. Weiterhin spricht für dynamische Budgetpolitik die Tatsache, daß jede wachsende Wirtschaft eine zusätzliche Geldmenge benötigt, wenn die Umlaufgeschwindigkeit gleich bleibt, um den erhöhten Güteraustausch zu sichern. Und endlich besteht zur Zeit noch immer eine Geldreserve, denn der Bund nützt seinen Kreditplafond bei der BdL in Höhe von 1,5 Milliarden nur mit

300 Millionen aus und ist überdies mit rd. 1 Mrd. Einlagen sehr flüssig.

Dennoch dürfen die Gefahren eines befristeten deficit spending in der heutigen deutschen Wirtschaftssituation nicht verkleinert werden. Einmal sind die Auswirkungen, die die Umschichtung der Einkommen infolge des Lastenausgleichs mit sich bringt, schwer vorauszusehen, zum anderen kennt niemand Zeitpunkt und Umfang einer möglichen Aufrüstung. Daß durch beide Maßnahmen die Engpaßprobleme kurzfristig wieder aufleben können, bedarf keiner besonderen Begründung. Vor allem setzt die dringend notwendige Stabilität des Außenwertes der D-Mark allen monetären Maßnahmen enge Grenzen. Im ganzen überwiegen jedoch die Vorteile eines vorübergehend defizitären Haushalts.

#### **Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen**

Wie sehen nun die geplanten Maßnahmen im einzelnen aus, und welche ökonomischen und sozialen Wirkungen sind zu erwarten? Der steuerpolitische Hebel müßte nach obiger Analyse bei den Einkommensteuern angesetzt werden, die gespart oder unmittelbar vom Unternehmer investiert werden. Denn die konjunkturpolitisch schwache Stelle der deutschen Wirtschaft liegt unzweifelhaft im Investitionsbereich. Die allgemeine Senkung des Einkommensteuertarifs nimmt aber auf diese Forderung keine besondere Rücksicht. Der wesentliche Grund mag darin zu suchen sein, daß eine solche einseitige Vergünstigung im politischen und sozialen

Raum auf unüberwindlichen Widerstand stößt. Somit liegt also in der Art der Steuersenkung ein wenn auch nicht sehr wesentliches inflatorisches Gefahrenmoment, das aber bei der breiten Streuung des zusätzlichen, freiverfügbaren Privateinkommens und der Größenordnung geldpolitisch nicht bedeutsam werden kann. Zudem sorgt die Aufhebung einiger Steuerbegünstigungen für einen begrenzten Ausgleich.

Auf der anderen Seite bedeutet aber die allgemeine, fast lineare Tarifsenkung eine Abkehr von den bisherigen, finanzwissenschaftlich bedenklichen Praktiken, nämlich den Grundsatz der Gleichheit in der Besteuerung fortwährend zu durchlöchern. Damit wird ein erster, natürlicher Schritt zur Vereinfachung der Steuergesetzgebung — die selbst dem Fachmann unübersichtlich zu werden drohte — getan und die Überleitung zu einer sogenannten organischen, systematischen Neuordnung des deutschen Steuerwesens begonnen. Der vorgesehene *etappenweise* Abbau der zahlreichen Steuervergünstigungen soll dafür sorgen, daß keine unnötigen Härten entstehen. Auf diese Weise wird allmählich erreicht, daß Steuerzahler bei gleichem Einkommen auch im gleichen Ausmaße zur Steuer herangezogen werden.

Das Risiko einer dynamischen Haushaltspolitik erscheint uns in der Gesamtschau bedeutend geringer als das Wagnis einer Etatpolitik alten Stils, die ängstlich auf die formaljuristische, vorherige Ausgeglichenheit von Einnahmen und Ausgaben bedacht ist. (HCR)

#### **Halbe Versprechungen, geschickte Zugriffe**

In dem umfassendsten wissenschaftlichen Werk über das öffentliche Haushaltswesen, das in neuerer Zeit erschienen ist, nämlich in Kurt Heinigs dreibändiger Arbeit „Das Budget“ wird der Bundesrepublik bescheinigt, daß sie „am weitesten entfernt von einem normalen Budgetkreislauf und budgetärer Pünktlichkeit erscheint“. Es fiel leicht, wenn man mit orthodox-finanzwissenschaftlichen oder mit konservativen finanzpolitischen Maßstäben messen wollte, dieses

Urteil zu verschärfen: unausgeglich, sprunghaft, antiproduktiv, staatskapitalistisch, den in föderalistischen Staaten gewiß niemals leichten Problemen des Finanzausgleichs ausweichend — dies alles kann man dem Finanzwesen des jungen westdeutschen Staatsgebildes unschwer nachweisen. Man kann einiges davon mit der Größe der Nachkriegsaufgaben und der fast kolonialen Budgetunfreiheit unter den einengenden Besatzungsvorschriften entschuldigen.

Und doch steht der ganzen, weit-  
hin verdamnten Finanzpolitik ein  
Mann vor, dem auch von seinen  
Gegnern finanzpolitisches Geschick,  
Verwaltungsbegabung und persön-  
licher Mut zuerkannt werden müs-  
sen. Er muß lavieren; die politi-  
schen, ökonomischen und sozialen  
Daten zwingen ihn dazu. Daher  
sucht er seine Zuflucht bei den be-  
währten Rezepten vieler begabter  
Finanzpolitiker: dem bewußt her-  
beigeführten Halbdunkel, in dem  
nach einem finanz-soziologischen  
Lehrsatz die finanzpolitische Lei-  
stung am besten gedeiht, und der  
Kunst des Umgangs mit Zuckerbrot  
und Peitsche, also der halben Ver-  
sprechungen und der geschickt be-  
handschuhten Zugriffe.

#### *Geringe Elastizität*

Bei dem Umfang der einer kol-  
lektiven Befriedigung überantwor-  
teten Bedürfnisse, der sich nach ein-  
em Jahrhundert der wachsenden  
Staatsphäre für die Industrielän-  
der unserer Zeit ergibt, muß man  
sich wohl damit abfinden, daß etwa  
ein Drittel des Volkseinkommens  
durch die öffentlichen Kassen ge-  
leitet wird. Insofern haben die Fi-  
nanzminister unserer Tage recht,  
wenn sie darauf verweisen, daß  
ihre Budgets zwangsläufig seien  
und keine Einsparungschancen bö-  
ten. Ihnen, die es schon schwer ge-  
nug haben, den ausgabefreudigen  
Parlamenten und Staatsausglieder-  
ungen Einhalt zu gebieten, kann  
man nicht auch noch die sozial-  
pädagogische Aufgabe aufhalsen,  
die Bedürfnisskala der Gesellschaft  
zu reformieren, also etwa dafür zu  
sorgen, daß das Wohnen oder das  
Benutzen von Verkehrsmitteln  
oder der Gebrauch von wissen-  
schaftlichem Schrifttum wieder zu  
Privatbedürfnissen werden, die ge-  
gen individuellen Kostenersatz zu  
befriedigen sind.

Ist aber die Ausgabensumme ziem-  
lich starr, dann bleibt den Finanz-

ministern auf der Einnahmeseite  
bei der Größe ihres Anspruches an  
das Sozialprodukt auch nur noch  
eine schmale Variationsbreite. Dann  
muß unter Umständen mit Gimpel-  
fang operiert werden, wie es der  
Bundesfinanzminister z. B. mit den  
Babybonds und dem sog. Ersten  
Kapitalmarktförderungsgesetz  
in seiner zunächst praktizierten Fas-  
sung getan hat. Mit dem sogen.  
„versehentlichen Vergessen“ der  
Abgeltung von Sondersteuern durch  
die Kapitalertragsteuer war der  
Wirtschaft zunächst — nämlich  
während der Emissionszeit der  
Bundesanleihe — der Zutritt zum  
Kapitalmarkt unter Zinssätzen, die  
nicht das beabsichtigte Zinsgefüge  
stören sollten, verwehrt. Ferner  
müssen Tarnkünste erhalten, wie  
z. B. die Anleihe aus dem ERP-  
Sondervermögen des Bundes oder  
die Illiquidisierung der Sozialver-  
sicherungsträger durch Zahlung der  
Bundeszuschüsse in Bundesschuld-  
verschreibungen. Schließlich werden  
inflationistische Griffe geübt, z. B.  
werden Münzgewinne und erhöhte Kre-  
ditplafonds bei der Notenbank  
oder den Girozentralen erschlossen.

#### *Jonglieren und Kompromisse*

Um die Rangordnung der Bundes-,  
Länder-, Gemeinde- und hilfsfiska-  
lischen Ausgaben muß gerungen  
werden — nicht mit der Kühle des  
finanzwissenschaftlichen oder des  
staatsrechtlichen Verstandes, son-  
dern mit Überredungskünsten aller  
Art. Da man weiß, daß die Steuer-  
schraube überdreht ist, muß gegen  
die gute alte Canardsche Regel,  
wegen der Steuerüberwälzungsvor-  
gänge nicht dauernd am eingespiel-  
ten Steuersystem zu kurieren, ver-  
stoßen werden; denn die Druckstel-  
len werden für den Volkskörper  
insgesamt nur dadurch erträglich,  
daß man sie ständig hin und her  
verschiebt. Diesmal geschieht et-  
was mehr für den Wohnungsbau  
und den Schiffbau, morgen etwas

für die Selbstfinanzierung, über-  
morgen etwas gegen die Konzen-  
trationstendenz als Umsatzsteuer-  
vermeidung usf. Gewiß schafft das  
volkswirtschaftliche Reibungsver-  
luste. Diese Methode macht das  
Finanz- und Steuersystem kompli-  
ziert und verstößt, wenn man die  
großen Worte wieder einmal strapa-  
zieren soll, gegen die Postulate  
der Steuergerechtigkeit, Steuer-  
gleichheit, Einfachheit und Be-  
stimmtheit. Aber sie verhindert die  
Explosion!

So muß man die eschatologischen  
Versprechungen von der großen  
Steuerreform deuten und die Aus-  
wechslung der Eintagsparolen ver-  
stehen. Hat man bislang auch nur  
ein wirkliches Problem der Über-  
besteuerung ernsthaft angepackt?

Auch die jetzt beabsichtigte  
kleine Steuerreform ist vorwiegend  
ein Ausweichen vor einigen Konse-  
quenzen des Fortwurstelns, ver-  
bunden mit einer Dosis Wahltaktik.  
Dahin zählen z. B. die geringen  
Modifikationen am Einkommen-  
steuer- und Körperschaftsteuertar-  
if. Dennoch stecken in dem Pro-  
gramm auch einige Elemente, die  
insofern aufhorchen lassen, als of-  
fenbar ökonomische Überlegungen  
bei ihnen Pate gestanden haben,  
z. B. die Milderung des fiskali-  
schen Verdicts des letzten Endes  
die Wirtschaft belebenden Ver-  
brauchs, die Ermöglichung der de-  
gressiven Abschreibung und die  
Heraufsetzung der Höchstgrenze  
für die sofortige Abschreibung  
geringwertiger Wirtschaftsgüter.  
Wahrscheinlich wird das übliche  
Tauziehen um die kleine Steuerre-  
form noch manche Variation des  
ursprünglich vorgelegten Pro-  
gramms bringen. Man möchte  
nur hoffen, daß dabei nicht gerade  
die konstruktiven Ansätze wieder  
verschüttet werden und schließlich  
nur die Dosis Wahltaktik übrig  
bleibt. (W. H.)



## VEREINSBANK IN HAMBURG

### AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15  
TELEGR.-ADR.: VEREINSBANK, FERNSCHREIBER: 021:1203 UND 021:1461

## Der Wandel im Wesen des Staatshaushalts

Wenn wir heute mit Erschrecken feststellen, daß über 40% des Sozialprodukts von der öffentlichen Hand beansprucht werden, so folgt doch diesem Erschrecken meist eine müde Resignation. Die gewaltigen Aufgabenbereiche, die der moderne Sozialstaat in den letzten Jahrzehnten übernommen hat, verbieten einen Vergleich mit den Haushalten der Industriestaaten nach der Jahrhundertwende. Wir werden uns damit abfinden müssen und vielleicht auch ganz gern abfinden wollen, daß der moderne Staat als Garant des sozialen Ausgleichs künftig immer einen beachtlichen Teil des Sozialprodukts in Anspruch nehmen wird.

Der zweite gewaltige Komplex, der die Ausgabenwirtschaft eines politischen Gemeinwesens heute bestimmt, sind die Verteidigungs- und Rüstungskosten. Die Modernisierung der Kriegführung hat diesen Posten in einer steilen Kurve anwachsen lassen. In einer Zeit der politischen Unsicherheit wird man im allgemeinen bereit sein, auch die Überhöhung dieses Postens — wenn schon resigniert — in Kauf zu nehmen. Man wird aber vielleicht sogar damit rechnen müssen, diesen Posten ebenfalls als einen bleibenden Fixposten zu betrachten, da der Wandel in der Kriegstechnik es nie mehr wie früher zu einer rüstungswirtschaftlichen Sättigung kommen lassen wird.

### *Fortschreitende Staatswirtschaft?*

Diese beiden Ausgabenkomplexe beherrschen das Haushaltsbild jedes modernen Staates, wogegen die im früheren Etat dominierenden Posten wie Verwaltungsausgaben und dergl. nur noch einen uninteressanten Prozentsatz der Bilanzsumme ausmachen. Gehen wir also auf diesem finanzpolitischen Wege einer fortschreitenden Verstaatlichung entgegen, die wir aus wirtschaftspolitischen Gründen so gern begrenzt sehen möchten? Ohne Zweifel müßten alle führenden Staatsmänner und die verantwortungsbewußten Bürger der Staaten, die eine sozial-individuelle Wirtschaftsform einem kollektivistischen System vorziehen, scharf darauf achten, daß die Belastung

des Sozialprodukts durch die öffentliche Hand eine unverrückbare Höchstgrenze findet.

In der Bundesrepublik liegt der Prozentsatz der öffentlichen Belastung besonders hoch. Das liegt einmal an den heute noch wachsenden Aufwendungen für Kriegsfolgelasten, mit deren Verminderung auf lange Sicht zu rechnen sein wird, und zweitens an dem unter Berücksichtigung unserer wirtschaftlichen und sozialen Notlage verhältnismäßig hohen Verteidigungsbeitrag, dessen Kritik aber einer finanzpolitischen Beurteilung entzogen ist. In einer Diskussion über die Höhe der öffentlichen Belastung wird auch die Kritik an den Kosten des föderalistischen Systems nicht fehlen dürfen. Aber auch für die Beibehaltung oder Ablehnung des föderalistischen Systems können finanzpolitische Erwägungen nicht allein ausschlaggebend sein, wenn man sie auch nicht unberücksichtigt lassen dürfte. Immerhin werden ca. 47% der gesamten öffentlichen Aufwendungen über den Bundesetat geführt, was schon eine recht beachtliche Konzentration darstellt. Allerdings ist der Bundeshaushalt gerade durch das föderalistische System außerordentlich starr geworden, weil über ihn alle großen Fixausgaben laufen, die etwa 80% der Gesamthaushaltssumme ausmachen und damit seine Elastizität beschneiden. Aber auch von den verbleibenden 20% liegt der größte Teil unvermeidbar fest. Damit wird jede Kritik an der Ausgaben-

wirtschaft unergiebig, da sie höchstens Millionenbeträge aushandeln kann, während Milliardenbeträge unverrückbar bestehen bleiben. Darin liegt zweifellos eine Gefahr, der nur durch Selbstdisziplin der dem Etat angeschlossenen Institutionen begegnet werden kann.

### *Die große Steuerreform tut not*

Die Gefahr einer fortschreitenden Verstaatlichung auf finanzpolitischem Wege liegt aber nicht nur in der Höhe der öffentlichen Belastung des Sozialprodukts, sondern in wahrscheinlich noch viel stärkerem Maße in der Methode der Mittelbeschaffung. Wenn insgesamt 11,5 Mrd. (Bundesanteil 5 Mrd.) der öffentlichen Einnahmen aus der direkten Besteuerung des Einkommens aufgebracht werden, so wird bei der herrschenden Progression der Tarife jedem einzelnen Erwerbstätigen in recht eindeutiger Weise die sich ausbreitende Staatswirtschaft vor Augen geführt, was seine persönliche Initiative und seinen Leistungswillen mindern muß. Es herrscht kein Zweifel darüber, daß diese ungeheuren Summen aufgebracht werden müssen, aber sie müssen und können in einer Weise aufgebracht werden, die uns nicht dem Kollektivismus in die Arme treibt. Es ist schon wiederholt dazu aufgefordert worden, daß die gesamte Steuerlehre und die klassischen Steuerregeln einer strengen Prüfung hinsichtlich ihrer sozialen und wirtschaftlichen Gültigkeit bei den heute gegenüber früher völlig veränderten Voraussetzungen unterzogen werden müssen. Es ist höchste Zeit, daß das



**36. INTERNATIONALE  
AUTOMOBIL  
AUSSTELLUNG**  
FRANKFURT - MAIN. 19-29. MÄRZ 1953  
Geöffnet von 9-19 Uhr (am Eröffnungstag erst ab 14 Uhr)  
Verband der Automobilindustrie e. V. Frankfurt/M.

getan wird. Und insofern enttäuscht der neue Haushaltsvoranschlag völlig. Anstelle einer großen fälligen Steuerreform bringt er kleine Steuerermäßigungen, die das grundsätzliche Steuersystem unberührt lassen und bei deren Abfassung wohl mehr Wahrücksichten Pate gestanden haben als der ernste Wille zu einer Steuerreform.

#### *Ungerechtfertigter Optimismus*

Man muß sich fragen, ob der Optimismus des Bundesfinanzministers bei der Aufstellung der Einnahmeseite wirklich ganz berechtigt ist. Die in Ansatz gebrachte 4 %ige Steigerung des Sozialprodukts setzt eine ziemlich kräftige Aufwärtsbewegung nicht nur bei uns, sondern auch in der übrigen Welt voraus, während gerade jetzt sich verschiedene Symptome abzeichnen, die auf eine wirtschaftliche Stagnation hindeuten. Es dürfte wohl auch etwas ungewiß, zumindest aber etwas peinlich sein, die wirtschaftliche Belebung durch vermehrte Rüstungsaufträge zu erwarten. Dabei hat es mit dieser 4 %igen Steigerung nicht einmal sein Bewenden. Denn der durch die Steuerermäßigungen bedingte Ausfall von ca. 1 Mrd. DM, der durch kurzfristige Verschuldung überbrückt wird, soll ja möglichst durch eine zusätzliche wirtschaftliche Belebung im gleichen Wirtschaftsjahr wieder eingeholt werden. Irgendwann muß dieses Geschenk der Steuerermäßigung wieder zurückgegeben werden, wenn vielleicht auch erst nach der Wahl. (h)

*David Scott, London*

## Förderung des Südamerika-Handels in Großbritannien

In den letzten Monaten des Jahres 1952 hat eine ernsthaftige und koordinierte Förderung einer Ausweitung des Südamerikahandels in Großbritannien ihren Anfang genommen. Im Oktober 1952 bot die britische Regierung den Exporteuren einen Anreiz durch eine Erklärung des Board of Trade, die besagt, daß besondere Exportgarantien, wie sie bis dahin nur Exporteuren nach Nordamerika gewährt worden waren, jetzt auch auf die Deckung von Südamerika-Geschäften auf gesunder Basis ausgedehnt werden können, um den Absatz in diesen Ländern zu steigern. Im November machte der parlamentarische Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Lord Reading, eine 17tägige Rundreise durch die südamerikanischen Länder. Er war Gast der Regierung jedes Landes — Ar-

## Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus

Ein mit besonderer Spannung erwartetes Ereignis dürfte die in diesem Jahr anstehende Wahl des Bundestags sein. Die schweren grundsätzlichen Fragen unserer Außen- und Innenpolitik, über die eine Entscheidung erwartet wird, werden die Wahlleidenschaften in besonderem Maße mobilisieren. Schon jetzt tauchen in den zu behandelnden Gesetzesvorlagen und in den Argumenten ihrer Bekämpfung eine ganze Reihe von Elementen auf, die ihren sachlichen Ursprung im beginnenden Wahlmanöver haben. Einen Schritt über dieses übliche Wahlgeplänkel geht aber der Kampf um das Wahlgesetz hinaus, der deshalb mit besonders verstandesmäßiger Kühle betrachtet werden muß.

Zweifellos lassen sich gegen das bestehende Wahlgesetz eine Reihe schwerer Bedenken geltend machen. Obwohl theoretisch ein reines Verhältniswahlrecht mit einer unbeschränkten Anzahl von Parteien der demokratischen Forderung nach einer möglichst gerechten Vertretung der Meinungsgruppen am meisten zu entsprechen scheint, scheint die Praxis (beispielsweise in der Weimarer Republik und in Frankreich) zu beweisen, daß dieses System eine kontinuierliche Regierungspolitik unmöglich macht, ganz abgesehen von dem großen Gewicht der Splittergruppen bei Mehrheitsbildungen und der mit der Listenwahl verbundenen Entpersönlichung der Kandidaten. Andererseits scheint das in den angelsächsischen Ländern angewendete Zwei-Parteien-System mit Mehrheitswahl nicht unserer parteisozialistischen Struktur zu entsprechen und nicht unseren Sinn für eine gerechte Meinungsvertretung zu befriedigen. Unser Parteiengefüge ist dafür zu starr, und die dogmatische Bindung infolge der strengen Parteidisziplin zu eng. Unsere Auffassung von der politischen Partei verträgt keine allzu heterogenen Wählermassen.

Der bei uns herrschende Kompromiß aus Persönlichkeits- und Listenwahl, aus Mehrheitswahl und Verhältniswahl ist sicher nicht befriedigend, da er die Nachteile der Verhältniswahl hinsichtlich der Bildung von Klemparteien mit der wahl-mathematischen Ungerechtigkeit der Mehrheitswahl verbindet. Es ist aber ein sehr heikles Beginnen, unmittelbar vor der Wahl mit der Ausarbeitung eines neuen Wahlsystems anzufangen, das lediglich das Gewicht zwischen Verhältniswahl und Mehrheitswahl verlagert, wobei sich mit dem Rechenstift an Hand der letzten Ergebnisse eindeutig nachweisen läßt, welche Verlagerungen bei dem neuen System zu erwarten sind. Vor so einem Versuch, der den inneren Frieden auf das schwerste gefährden muß, kann nur gewarnt werden, ganz gleich, auf welcher Seite das Herz des Beurteilers steht.

In dem gegenwärtigen fortgeschrittenen Stadium der Wahlperiode kann eine Änderung des Wahlmodus nur in einer Form angestrebt werden, die weder zum Schaden noch zum Frommen einer bestimmten Wählergruppe dient. Man könnte sich vorstellen, daß eine stärkere Stellung der unabhängigen Kandidaten allgemein begrüßt würde. Eine solche Änderung könnte neben der Stärkung der Persönlichkeit im Wahlkampf auch zu einer Selbstkritik der Parteien an ihrer politischen Konzeption führen. Jedes Wahlsystem wird mit Mängeln behaftet bleiben, und es wird immer auf den Geist ankommen, mit dem man das System füllt. Demokratie muß Freiheit zur Meinungsäußerung zulassen und eine selbständige Meinungsbildung auch im Rahmen der traditionellen Parteien ermöglichen. (sk)

gentinien, Brasilien, Uruguay, Peru und Chile — und hat mit den Präsidenten und Außenministern konferiert.

Eine von der britischen Regierung geförderte Handelsmission unternahm im Anschluß daran eine sechswöchige Reise durch den Karibischen Raum und besuchte Kuba, die Dominikanische Republik, Mexiko, Kolumbien und Venezuela. Diesen Ländern „mit amerikanischem Konto“ wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt, da ihre Sterlingkonten bei den Banken Großbritanniens frei in Dollar konvertierbar sind.

Gleichfalls im November gab die Federation of British Industries einen Bericht über die Ergebnisse einer Engineering Training Mission heraus, die im Laufe des Sommers über zwei Monate in den neun süd-